

Freie Universität Berlin  
Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften  
Friedrich-Meinicke-Institut  
Proseminar Die Wiedervereinigung 1989/90  
Sommersemester 2003  
Dozent: Alexander Claus

**9. November 1989: Der Fall der Mauer.  
Versagendes Krisenmanagement des politischen Systems?**

vorgelegt von:  
Michael Bartnik  
Berlin, 15. August 2003

# Inhaltsverzeichnis

|   |    |
|---|----|
| Inhaltsverzeichnis .....  | 1  |
| Vorbetrachtungen .....  | 2  |
| 1. „Wir sind das Volk“ - Die Situation in der DDR.....  | 3  |
| 2. „In 30 Tagen um die Welt, ohne Geld“ - Das neue Reisegesetz.....                             | 5  |
| 3. „Ab sofort, unverzüglich“ - Die Pressekonferenz und die Medienspirale .....                  | 9  |
| 4. „Wir fluten jetzt“ - Die Berliner Mauer fällt.....   | 12 |
| 5. „Den Ernst der Lage erkannt?“ – Reaktionen der politischen und<br>militärischen Führung..... | 15 |
| Schlussbetrachtungen .....  | 17 |
| Quellenverzeichnis .....  | 19 |

## Vorbetrachtungen

Der 9. November ist ein geschichtsträchtiges Datum. 1918, Novemberrevolution, wird die erste deutsche Republik proklamiert. Fünf Jahre später beginnt Hitler seinen Putsch in München. Dieses Datum zum Anlass genommen, setzen 1938 in der Reichskristallnacht die Nationalsozialisten jüdische Synagogen in Brand und zerstören jüdische Geschäfte. Zumindest letztere Daten sind in der Geschichte eindeutig negativ konnotiert. Dem gegenüber steht plötzlich, kurz vor Ende des Jahrhunderts ein Tag, den die Deutschen fast zum neuen, gemeinsamen Feiertag erkorren hätten: 1989 wird über Nacht der 28jährigen Teilung durch Mauer und Stacheldraht ein Ende gesetzt.

Mit dieser Hausarbeit soll der Fall der Mauer am 9. November 1989 näher beleuchtet werden. Es ist ein Ereignis mit dem sich inzwischen ebenso viele Forschende auseinandergesetzt haben, wie es Sagen und Mythen um dieses Datum gibt. Es interessieren besonders die unmittelbaren Wegbereiter, die Etappen, die schließlich zum alles entscheidenden Öffnen der Schlagbäume geführt haben. Es geht darum, herauszufinden, ob der Mauerfall von langer Hand geplant wurde oder –wie es die Überblicksliteratur andeutet– ein Zufallsprodukt der Geschichte ist. Der Blick ist geschärft auf das Management, die Führungsqualitäten der SED-monopolisierten, politischen Führung in dieser Krisensituation der „Wende“. Bewusst wird deshalb auf die Tätigkeiten und Reaktionen der Bundesrepublik und der Westalliierten verzichtet. Das Zusammenspiel von DDR und Sowjetunion wird nur angedeutet.

Inzwischen ist die Quellenlage dazu sehr detailliert und umfangreich. Es gibt zeitgeschichtliche Überblicksliteratur, die das Thema zusammenfasst und in einen allgemeinen Kontext bringt. Es wurden zahlreiche Interviews geführt, schriftlich fixiert und durch Publikation öffentlich zugänglich gemacht. Besonders sind dabei die Mühen Hans-Herrmann Hertles hervorzuheben, der im Zuge seiner Dissertation den Mauerfall, den Weg dorthin und die Folgen in beträchtlichem Maße aufgearbeitet hat und minutiös nachvollziehbar macht. Akteure und Zeitzeugen haben ihre Erinnerungen veröffentlicht und stellen ihre Sicht der Dinge dar.

Bei den Recherchen und der Lektüre stößt man immer wieder auf Widersprüchliches oder Lückenhaftes. So weichen beispielsweise die Ausführungen Schabowskis oder Krenz teilweise deutlich von den nachweisbaren Fakten ab. Uhrzeiten werden unterschiedlich angegeben. Auch gehen Zeitzeugen auf Schlüsselereignisse, die eine tragende Rolle im Ablaufplan haben, manchmal nicht ein. Ihre Erinnerung erscheint zuweilen lückenhaft und gemäß ihrer Interessen und ihrer Auslegung der Ereignisse selektiv. Doch aufgrund der weitgefächerten Quellenlage, können viele Unstimmigkeiten überführt werden.

# 1. „Wir sind das Volk“ - Die Situation in der DDR

Die Mauer trennte 28 Jahre lang die Deutsche Demokratische Republik (DDR) von der Bundesrepublik Deutschland (BRD) bzw. Berlin (West). Ihre Geschichte ist eingerahmt von zwei Falschaussagen der jeweiligen Staats- und Parteichefs der DDR. Im Juni 1961 meinte Walter Ulbricht: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten“. Zwei Monate später, in der Nacht zum 13. August, wird begonnen, eine Mauer entlang der Westsektoren in Berlin zu errichten. Erich Honecker, als zuständiger Sekretär für Sicherheitsfragen im Zentralkomitee (ZK) der SED maßgeblich an der streng geheimen Vorbereitung des Mauerbaus beteiligt und seit 1971 Ulbrichts Nachfolger, prophezeite im Januar 1989: Die Mauer werde „so lange bleiben, bis die Bedingungen nicht geändert werden, die zu ihrer Errichtung geführt haben. Sie wird in 50 und auch in 100 Jahre noch bestehen (...)“. Doch noch im gleichen Jahr war das Bollwerk Makulatur.<sup>1</sup>

Die Gründe für ihre Errichtung waren nicht nur politische: man müsse „dem Treiben der westdeutschen Revanchisten und Militaristen einen Riegel vorschieben“, die „systematische Bürgerkriegsvorbereitung durch die Adenauer-Regierung“, „feindliche Hetze“, „Abwerbung“, „Menschenhandel“ und „Diversionstätigkeit“ durchkreuzen.<sup>2</sup> Auch ökonomische: Die enormen Flüchtlingsströme aus der DDR und Ost-Berlin drohten die DDR ausbluten zu lassen.<sup>3</sup> Sie hatten „für die Wirtschaft und den Fortbestand der DDR katastrophale Ausmaße angenommen“, bewertet der Geschichtswissenschaftler Hans-Hermann Hertle. Allein im Juli 1961 wurden täglich über 1.000, im August schon 1.500 Flüchtlinge in West-Berlin registriert.<sup>4</sup> Motive für die „Abstimmung mit Füßen“ seien die erzwungene Kollektivierung und die unrealistische Wirtschaftspolitik gewesen.<sup>5</sup>

Mit dem Bau der gesicherten Grenze sank auch die Zahl der Flüchtlinge: Seit 1961 bis Mitte der achtziger Jahre wurden eine Viertel Million Menschen gezählt.<sup>6</sup> Doch die Unzufriedenheit der DDR-Bürger steigt. Und mit ihr die Zahl der Ausreiseanträge. Zum Ende der achtziger Jahre formiert sich mehr und mehr eine Bürgerbewegung, die gegen die mit harter Hand geführte Politik aufbegehrt. Beispielgebend sind Protest und Einsprüche gegen die manipulierten Kommunalwahlen im Mai 1989. Während die DDR-Führung unnachgiebig an ihrem Kurs festhält, beginnt in manchen sozialistischen Bruderländern bereits ein politischer Wandel, der nicht zuletzt durch Gorbatschows Perestroika und Glasnost gefördert wird.

Der Warschauer Pakt widerruft im Juli die beschränkte Souveränität der sozialistischen Staaten (Ende der Breschnew-Doktrin). Ende Juni 1989 wird mit der ungarisch-österreichischen Grenze erstmals der „Eiserne Vorhang“ durchlässig. Damit setzt eine monatelang anhaltende Fluchtwelle direkt über diese grüne Grenze oder über die westdeutschen Botschaften vorrangig in Budapest, Prag und Warschau ein. Die DDR droht erneut auszubluten. Das „Paneuropäische Picknick“ am 19. August bei Sopron (Ungarn) nutzen Hunderte zur Flucht. Am 11. September öffnet Ungarn entgegen allen bilateralen Abkommen seine Westgrenze für DDR-Bürger. Bis Mo-

---

<sup>1</sup> Lehmann 2002, S.170, S.395.

<sup>2</sup> Lehmann 2002, S.170.

<sup>3</sup> Von 1949 bis zum 13. August 1961 hatten rund drei Millionen Menschen das Gebiet der DDR verlassen. Die deutliche Mehrheit der Flüchtlinge war im arbeitsfähigen Alter (Ribbe/Schmädeke 1989, S. 207). Der DDR liefen also schlicht die Arbeitskräfte davon. In der „Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen“ (zitiert in: Hertle 1998, S. 94) heißt es, dass während der Zeit der offenen Staatsgrenze der DDR ein Schaden von ca. 100 bis 130 Milliarden Mark entstanden sei (Krenz 1990, S. 171).

<sup>4</sup> Hertle 1998, S.13.

<sup>5</sup> Lehmann 2002, S.173.

<sup>6</sup> ...zur Freiheit – Die Geschichte der Berliner Mauer 1996. Stichwort: Flüchtlinge.

natsende fliehen 30.000 DDR-Bürger. In drei großen Ausreisewellen (am 1., 4. Oktober und 3. November) aus den Botschaften von Prag und Warschau gelangen die Flüchtlinge in Sonderzügen in die BRD.<sup>7</sup>

Doch nicht alle ziehen aus ihrer Unzufriedenheit den Entschluss zur Ausreise. Die sich formierende Bürgerbewegung, im September entstehen Oppositionsgruppen wie „Aufruf 89 – Neues Forum“, „Demokratie Jetzt“, „Demokratischer Aufbruch“, möchte die DDR von innen erneuern. Am 4. September fordern die Teilnehmer der ersten Montagsdemonstration in Leipzig: „Reisefreiheit statt Massenflucht“.<sup>8</sup> Während die Bewegung immer stärkeren Zulauf erfährt, wird ungeachtet dessen der 40. Jahrestag der DDR gefeiert. Die Führung zeigt sich von den Ereignissen unberührt. Schlüsselereignisse sind die Montagsdemonstrationen am 9. und 16. Oktober 1989: Inzwischen sind 75.000 bzw. 120.000 DDR-Bürger auf der Straße. Es ist die größte Protestkundgebung seit dem niedergeschlagenen 17. Juni 1953. Nachdem ebenso Aufstände in Prag, Budapest, Warschau und zuletzt Peking militärisch beendet wurden, bleibt umstritten, warum die umfangreich mobilisierten Polizei- und Militäreinheiten nicht eingreifen. Der Aufruf zum „friedlichen Dialog“ der „Leipziger Sechs“, davon drei SED-Bezirkssekretären, war erfolgreich.<sup>9</sup> Die größte Massenkundgebung mit 600.000 Menschen findet am Samstag, 4. November 1989 in Ost-Berlin statt.

Am 18. Oktober tritt auf Druck des Politbüros, die politischen Führungselite der SED<sup>10</sup>, Erich Honecker von seinen Ämtern als Generalsekretär des Zentralkomitees, als Staatsratsvorsitzender und als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsausschuss zurück. Die politische „Wende“ wird eingeleitet. Zu seinem Nachfolger in allen Positionen wird „Kronprinz“<sup>11</sup> Egon Krenz gewählt. Die „Allmacht in Partei und Staat“ wird abermals auf eine Person konzentriert. Dies beschwört Proteste auf der Straße hervor; aber erstmals auch Gegenstimmen in SED und Volkskammer.<sup>12</sup> Bei seiner Wahl kündigt Krenz ein neues Reisegesetz an. Er steht unter Druck: Immer lauter wird auf der Straße die Reisefreiheit verlangt. Bis Oktober 1989 war die Zahl der Ausreiseanträge auf etwa 190.000 angewachsen. Die zunehmende Ausreisewelle ist Indikator für das Vertrauensdefizit gegenüber der Regierung.<sup>13</sup> Die ČSSR schließt zwischenzeitlich ihre Grenzen zur DDR.<sup>14</sup>

---

<sup>7</sup> Lehmann 2002, S. 359-366.

<sup>8</sup> Lindner 2001, S. 62 und S. 63-83.

<sup>9</sup> Lehmann 2002, S. 370, auch Lindner 2001, S. 82f.

<sup>10</sup> SED 1976, S. 18.

<sup>11</sup> Lehmann 2002, S. 372.

<sup>12</sup> Przybylski 1991, S. 116 und Hertle 1998, S. 87.

<sup>13</sup> Schabowski erkennt, „inzwischen steuerte die Ausreisewelle aus der DDR einem neuen Höhepunkt zu. Sie war das andere Barometer für das Vertrauensdefizit, das wir nicht abbauen konnten.“ (Schabowski 1991, S. 305).

<sup>14</sup> Hertle 1989, S.89.

## 2. „In 30 Tagen um die Welt, ohne Geld“ - Das neue Reisegesetz

Hoch sind die Erwartungen, als am Montag, 6. November 1989 der mehrfach angekündigte und im Politbüro besprochene Regierungsentwurf eines neuen Reisegesetzes veröffentlicht wird. Der Gesamtreisezeitraum wird aus „volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten“<sup>15</sup> auf 30 Tage, die durchschnittliche Länge eines Urlaubs, begrenzt. Aufgrund der Devisenknappheit sollen jedem Reisenden nur einmal im Jahr 15 Mark der DDR in 15 DM eingetauscht werden. Daneben stehen dehnbare Versagungsgründe wie „Schutz der nationalen Sicherheit oder Schutz der öffentlichen Ordnung, Gesundheit oder Moral, Rechte und Freiheiten anderer“. Der Entwurf gerät zum Flop: „In dreißig Tagen um die Welt – ohne Geld“<sup>16</sup> verhöhnen ihn die Demonstranten auf der Straße.<sup>17</sup>

Dieser lächerlich geringe Umtauschbetrag steht stellvertretend für die miserable wirtschaftliche Situation der DDR. Ausreichende Devisen stehen nicht zur Verfügung und so würde er ein Loch von 400 Millionen Valutamark in die Staatskasse reißen. Ende Oktober liegt dem Politbüro ein geheimes Papier mit einer „Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen“ vor: Die Verschuldung ist das alles dominierende Wirtschaftsproblem. Allein zum Stoppen der Verschuldung wäre der Lebensstandard um 25 bis 30 Prozent gesunken.<sup>18</sup> Die Zinslast ist erdrückend, das Wirtschaftswachstum sinkt, die Subventionen für Mikroelektronik sind unverhältnismäßig hoch, die Exporterlöse zu gering, Investitionen müssen ausbleiben, der Plan kann nicht erfüllt werden. „Die DDR lavierte ökonomisch am Rande des Bankrott“, schätzt Alexander von Plato die Situation ein<sup>19</sup>. Erneute Kredite in Höhe von zwei bis drei Milliarden Valutamark werden notwendig. Um die Bundesregierung aufgeschlossen zu stimmen, solle ihr das Angebot einer konföderativen Zusammenarbeit gemacht werden.<sup>20</sup> „Devisenbeschaffer“ Alexander Schalck-Golodkowski, Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordinierung<sup>21</sup> und Mitglied im Zentralkomitee der SED zuständig für Außenhandel und innerdeutsche Beziehungen, bemüht sich um erste Gespräche und Verhandlungen mit der BRD.<sup>22</sup> Doch als Bedingung, um überhaupt in Verhandlungen zu treten, fordert Kohl, die SED solle auf ihr Machtmonopol verzichten, oppositionelle Gruppen zulassen und freie Wahlen zusagen.<sup>23</sup>

Am 1. November 1989 fliegt Egon Krenz zu einem Vier-Augen-Gespräch nach Moskau zu Michail Gorbatschow. Wirtschaftliche Zusagen kann Gorbatschow aufgrund der Spannungen im eigenen Land nicht geben. Krenz erinnert ihn daran, dass die DDR in gewisser Weise „Kind der

---

<sup>15</sup> So zitiert Hertle aus der Argumentation zum Entwurf des Reisegesetzes (Hertle 1989, S.90).

<sup>16</sup> Schabowski schreibt, schon Rechtsanwalt Gregor Gysi habe noch vor der Veröffentlichung des ersten Reisegesetzesentwurf dessen Fallstricke erkannt: Statt die Ausreise genehmigungspflichtig zu machen, sollen sich die Bürger lieber um Einreisevisa bemühen. Außerdem müssten Besuchsreisenden ausreichend Valuta zur Verfügung gestellt werden (Schabowski 1991, S. 303f.).

<sup>17</sup> Hertle 1997, S.273, Hertle 1998, S. 90ff., sowie Lindner 2001, S. 87.

<sup>18</sup> Maximytschew 2001, S. 30.

<sup>19</sup> von Plato 2003, S. 84. Ausführlich zur wirtschaftlichen Situation in der DDR ein Gespräch mit dem Politbüro-Kandidaten Gerhard Schürer in: Hertle 1996, S. 313-321.

<sup>20</sup> Einige populäre Ansätze behaupten, die Mauer sei im Zuge eines Tauschgeschäfts zwischen der BRD und der DDR geöffnet worden. Doch dies konnte anhand der vorliegenden Quellen und Literatur nicht bestätigt werden.

<sup>21</sup> Hinter dem Ministerialbereich „Kommerzielle Koordinierung“ (KoKo) verbarg sich ein Wirtschaftsgeflecht mit 70 Firmen in der DDR und weiteren 100 Unternehmen in der BRD, um für die sozialistische Volkswirtschaft Devisen zu erwirtschaften und beschaffen. (Quelle: zur Freiheit - Die Geschichte der Berliner Mauer 1996. Suchbegriffe: Schalck-Golodkowski und KoKo).

<sup>22</sup> Hertle 1997, S.273 sowie Hertle 1998, S. 91-95.

<sup>23</sup> Hertle 1998, S. 108. Bundeskanzler Helmut Kohl macht seine Forderungen während der Bundestagsdebatte am 8. November öffentlich.

Sowjetunion ist“. Der sowjetische Staats- und Parteichef betont die Existenz zweier deutscher Staaten. In Bezug auf die künftige Gestaltung der Beziehungen zwischen beiden meint er, die Sowjetunion strebe eine engere partnerschaftliche Bindung zur BRD an, davon werde dann auch die DDR profitieren. „Eine Art Triade“ bezeichnet Hans Modrow die künftigen Beziehungen. Die politische Nähe beider sozialistischer Bruderstaaten<sup>24</sup> war wieder hergestellt, aber Krenz zur Bündnisraison verpflichtet.<sup>25</sup>

Derweil entsteht neuer Druck auf die DDR-Führung: Nachdem am 1. November der pass- und visafreie Grenzverkehr zum tschechoslowakischen Nachbarn wiederhergestellt war, drängen erneut tausende Ausreisewilliger in der Prager Botschaft der Bundesrepublik. So protestiert die Regierung der ČSSR energisch und ultimativ. Der Botschafter der DDR wird erneut ins Außenministerium zitiert. Man fordert die SED-Spitze auf, den Ausreisestrom zu stoppen. Andernfalls würde man selbst Gegenmaßnahmen ergreifen; bis hin zu einer Schließung der Grenze zur DDR.<sup>26</sup>

In der Politbürositzung vom Dienstag, 7. November ergeht der Beschluss, dass eine Durchführungsbestimmung zur ständigen Ausreise im Vorlauf des neuen Reisegesetzes auszuarbeiten sei, dem Zentralkomitee der SED als Vorschlag zu unterbreiten und sofort in Kraft gesetzt werden solle. Beauftragt wird Außenminister Oskar Fischer in Abstimmung mit Innenminister Friedrich Dickel und Staatssicherheitsminister Erich Mielke. Fischer solle zugleich die Sowjetführung, die ČSSR und die BRD informieren bzw. konsultieren. ZK-Sekretär Günter Schabowski erhielt die Aufgabe auf die Massenmedien zu wirken, „dass die Bürger der DDR ihr Land nicht verlassen“ sollen und mit den Blockparteien „einen gemeinsamen Standpunkt herbeizuführen“.<sup>27</sup>

Hans-Hermann Hertle deckt allerdings Verfahrensfehler an dieser Durchführungsweise auf: Die ständige Ausreise fällt nicht in den Bereich des Außenministers sondern in Mielkes Ministerium für Staatssicherheit (MfS), Rechtskraft kann die Vorlage erst durch einen Ministerratsbeschluss und nicht nur durch die Zustimmung des ZK erhalten und schließlich ist es nicht möglich einem noch nicht existierenden Reisegesetz eine Durchführungsbestimmung vorzuschicken. Sollte doch das eigentliche Reisegesetz erst im Dezember durch die Volkskammer beschlossen werden.<sup>28</sup>

Am folgenden Tag beginnt die dreitägige, zehnte Tagung des Zentralkomitees der SED in diesem Jahr. Das ZK hat als höchstes Leitungsorgan der Partei die Aufgabe, die Beschlüsse des Parteitag auszuführen.<sup>29</sup> Seine 130 bis 150 Mitglieder und (teilnehmenden, aber nicht abstimmungsberechtigten) Kandidaten kamen aus den meisten Gesellschaftsbereichen der DDR.<sup>30</sup> Ständen üblicherweise Kaderentscheidungen am Ende einer ZK-Tagung, trat am 8. November 1989 zunächst das Politbüro geschlossen zurück; ebenso wie einen Tag zuvor der Ministerrat unter der Führung von Ministerpräsident Willi Stoph. Wird am gleichen Tag noch ein reformiertes Politbüro gewählt, bleiben die Minister und ihr Präsident bis zur Wahl einer neuen Regierung geschäftsführend im Amt. Krenz wird als Generalsekretär bestätigt.<sup>31</sup>

Im Ministerium des Innern (Mdi) trifft sich am Donnerstagmorgen des 9. November eine Arbeitsgruppe aus Oberst Gerhard Lauter, Generalmajor Gotthard Hubrich (beide vom Mdi), Oberst Hans-Joachim Krüger und Oberst Udo Lemme (beide vom MfS). Ursprüngliches Ziel ist

---

<sup>24</sup> Die DDR-Führung unter Erich Honecker widersprach dem Kurs Gorbatschows Ende der achtziger Jahre.

<sup>25</sup> Hertle 1998, S. 97., von Plato 2003, S. 82-89, Modrow 1998, S. 100.

<sup>26</sup> Bollin 1999, S. 556, Hertle 1997, S. 274.

<sup>27</sup> Das entsprechende Politbüroprotokoll wird zitiert in: Hertle 1997, S. 274.

<sup>28</sup> Hertle 1997, S. 275.

<sup>29</sup> SED 1976, S. 17.

<sup>30</sup> ...zur Freiheit – Die Geschichte der Berliner Mauer 1996. Stichwort: Zentralkomitee der SED.

<sup>31</sup> Lehmann 2002, S. 375f.

es, eine Regelung zur ständigen Ausreise zu treffen, um das ČSSR-Problem zu lösen. Doch um Reisewillige nicht schlechter zu stellen als Ausreisewillige, entscheidet sich die Arbeitsgruppe, zugleich auch Fragen von Privatreisen zu regeln. Der Arbeitstitel „Beschlussvorschlag zur Veränderung der Situation der ständigen Ausreise von DDR-Bürgern nach der BRD über die ČSSR“ bleibt aber erhalten. Ausreisewillige sollen die Ausreise beantragen. Sie würde kurzfristig genehmigt werden.<sup>32</sup> DDR-Bürger mit Reisepass und Visum sollen Besuchsreisen generell nach Antrag kurzfristig gestattet werden. Kalkül ist es, den Run auf die Mauer zu verhindern und den Druck von der Grenze auf die Dienststellen der Volkspolizei zu verlagern und zu entzerren. Gerade vier Millionen DDR-Bürger hatten einen Reisepass. Alle anderen müssten ihn sich erst beantragen und anfertigen lassen. Zur ständigen Ausreise genügte wiederum der Personalausweis. Zwar galt für den Beschluss eine Sperrfrist bis zum 10. November 1989, 4:00 Uhr, doch offenbar wurde sie (wie üblich) nicht notiert.<sup>33</sup>

Nachdem Innenminister Dickel, Außenminister Fischer, Ministerpräsident Willi Stoph und der stellvertretende Staatssicherheitsminister Gerhard Neiber dem Entwurf zustimmen, wird er ins Zentralkomitee geleitet. In einer Raucherpause gegen 12 Uhr informiert Krenz die Politbüromitglieder. Es stimmt der Verordnung zu.<sup>34</sup>

Durch ein Umlaufverfahren soll nun der Ministerrat zustimmen. Per Kurierdienst wird die Vertrauliche Verschlussache in die einzelnen Ministerien gebracht; mit der Bitte bis 18:00 Uhr mögliche Einsprüche geltend zu machen. Doch die meisten Minister sind nicht an ihren Arbeitsplätzen sondern bei der ZK-Tagung. Und so wird ihr Stillschweigen entsprechend der Gepflogenheiten als Einverständnis gewertet.<sup>35</sup>

Allein vom Justizministerium geht kurz vor Ablauf der Frist ein Widerspruch ein. Der stellvertretende Justizminister Dr. Siegfried Wittenbeck meldet, nach Absprache und Prüfung mit seinem Hauptabteilungsleiter Verwaltungsrecht Dr. Karl-Heinz Christoph, Bedenken an: Es gibt weder die Möglichkeit der Beschwerde noch der gerichtlichen Überprüfung. Die Bearbeitungsfristen seien sehr auslegungsfähig. Die Versagungsgründe sind nicht ausreichend definiert. Die vorhergehende Reiseverordnung (RVO vom 30. November 1988) müsse förmlich aufgehoben werden. Doch im Sekretariat des Ministerrats entscheidet man sich für eine pragmatische Lösung. Der Punkt, dass die Reiseverordnung von 1988 nicht mehr angewendet werden würde, wurde gestrichen. Eine Absprache mit der Arbeitsgruppe, dem Politbüro oder mit Krenz wurde offenbar nicht noch gesucht. Das Eingreifen des Justizministeriums bleibt unbeachtet.<sup>36</sup>

Im Laufe des Nachmittags werden im MdI und im MfS die detaillierten Durchführungsbestimmungen ausgearbeitet. Die Bearbeitungszeiten sollen sich nach den Reisewünschen der Bürger richten. Die Versagungsgründe werden eingeschränkt: Genehmigungen können nur bei Gefahren für die nationale Sicherheit oder die Landesverteidigung verweigert werden. Eingeschränktes Reiserecht hätten Antragsteller bewaffneter Organe und Antragsteller, die in ein Strafverfahren eingebunden sind.<sup>37</sup>

In der Mittagspause der ZK-Tagung empfängt Krenz kurz den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau. Seine Pläne zur kurzfristigen Veränderung des Reiserechts verschweigt er Rau jedoch. Von Willi Stoph erhält Krenz den ausgefertigten Entwurf der Reiseverordnung. So weicht er, es ist gegen 16 Uhr, von der Tagesordnung ab. Er „erachtet es für not-

---

<sup>32</sup> Diese Formulierung sollte den Sicherheitsorganen noch ausreichen Spielraum zur Auslegung in ihrem Sinne geben (Hertle 1998, S. 122).

<sup>33</sup> Bollin 1999, S. 556, sowie die Gespräche mit Lauter in: Hertle 1996, S. 322-335.

<sup>34</sup> ebenda.

<sup>35</sup> ebenda.

<sup>36</sup> Hertle 1998, S. 136-141.

<sup>37</sup> Hertle 1998, S.128f.



wendig, auch das ZK zu konsultieren<sup>38</sup> und stellt den Entwurf vor. Eine eigene Ausfertigung haben die Teilnehmer nicht. Auch wissen die wenigsten vom Zentralkomitee um die Hintergründe zu diesem Papier. Die Diskussion ist verhalten. „Das Plenum hatte die ganze Tragweite des Beschlusses nicht erkannt“, schätzt Siegfried Lorenz, Mitglied im Politbüro, ein.<sup>39</sup> Einzig die Worte ‚zeitweilig‘ und ‚Übergangsregelung‘ werden gestrichen, da befürchtet wird, dass man Ausreisewillige unter Zeitdruck setzen könnte. Regierungssprecher Wolfgang Meyer wird mit der Veröffentlichung beauftragt.<sup>40</sup>

**Beschlußvorschlag zur Veränderung der Situation der ständigen Ausreise von DDR-Bürgern nach der BRD über die ČSSR wird festgelegt:**

1. Die Verordnung vom 30. November 1988 über Reisen von Bürgern der DDR in das Ausland findet bis zur Inkraftsetzung des neuen Reisegesetzes keine Anwendung mehr.
2. Ab sofort treten folgende ~~zeitweilige Übergangs~~regelungen für Reisen und ständige Ausreisen aus der DDR in das Ausland in Kraft:
  - a. Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen (Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse) beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt. Versagungsgründe werden nur in besonderen Ausnahmefällen angewandt.
  - b. Die zuständigen Abteilungen Paß- und Meldewesen der VDKA in der DDR sind angewiesen, Visa zur ständigen Ausreise unverzüglich zu erteilen, ohne daß dafür noch geltende Voraussetzungen für eine ständige Ausreise vorliegen müssen. Die Antragstellung auf ständige Ausreise ist wie bisher auch bei den Abteilungen Innere Angelegenheiten möglich.
  - c. Ständige Ausreisen können über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD bzw. zu Berlin (West) erfolgen.
  - d. Damit entfällt die vorübergehend ermöglichte Erteilung von entsprechenden Genehmigungen in Auslandsvertretungen der DDR bzw. die ständige Ausreise mit dem Personalausweis der DDR über Drittstaaten.
3. Über die ~~zeitweilige Übergangs~~regelungen ist die beigefügte Pressemitteilung am 10. November 1989 zu veröffentlichen.

Verantwortlich: Der Regierungssprecher beim Ministerrat der DDR

*Quelle 1: „Schabowskis Zettel“: Die Ministerratsvorlage zur Reiseregulation mit den Verbesserungen Krenz‘ nach der Diskussion im Zentralkomitee der SED. Quelle: Hertle 1998, S.131*

Dieses Vorgehen veranschaulicht das „jahrzehntelang eingespielte Selbstverständnis, die Regierung als nachgeordnetes Durchführungsorgan der SED zu behandeln“, als SED-Applaus-Gremium<sup>41</sup>. Der Entwurf lag den ZK-Mitglieder vorher nicht vor und wurde zum zwischengeschobenen Tagesordnungspunkt degradiert.<sup>42</sup> Eigenmächtig hebt Krenz die Sperrfrist auf. Als „Beschluss des Ministerrats“ sendet der stellvertretende Büroleiter des Politbüros kurz vor 17:00 Uhr<sup>43</sup> den überarbeiteten Text als Fernschreiben an die Ersten Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED. Der Großteil der Adressaten ist allerdings bei der ZK-Sitzung.<sup>44</sup> Schalck-Golodkowski war bereits beauftragt, mit Dienststellen der Bundesrepublik und West-Berlins detaillierte Absprachen zu führen.<sup>45</sup>

<sup>38</sup> Krenz 1990, S. 180.

<sup>39</sup> Zitiert in: Hertle 1998, S.133.

<sup>40</sup> Das Protokoll der Diskussion ist wiedergegeben in: Hertle 1998, S. 130-133. Außerdem: Erinnerungen Egon Krenz' (Krenz 1990, S.179f.).

<sup>41</sup> Hertle 1998, S. 133 sowie ...zur Freiheit – Die Geschichte der Berliner Mauer 1996. Stichwort: Zentralkomitee der SED.

<sup>42</sup> Keßler 1996, S. 304.

<sup>43</sup> Die Einspruchsfrist des Ministerrats-Umlaufverfahrens endet eigentlich erst im 18:00 Uhr!

<sup>44</sup> Hertle 1998, S. 134.

<sup>45</sup> Keßler 1996, S. 305.

### 3. „Ab sofort, unverzüglich“ - Die Pressekonferenz und die Medienspirale

Am 8. November wurde Günter Schabowski, erfahren in Politik und Pressewesen, zum ZK-Sekretär für Informationswesen und Medienpolitik gewählt. Er trat die Nachfolge Joachim Herrmanns als Parteisekretär für Agitation und Propaganda an. Seitdem sich das DDR-Fernsehen mehr und mehr liberalisiert und von der Partei-Linie unabhängig macht, erstmals werden live Diskussionsveranstaltungen gesendet, überträgt es die neuerliche<sup>46</sup>, tägliche, internationale Pressekonferenz nach den ZK-Tagungen.<sup>47</sup>

Kurz vor 18 Uhr macht sich Schabowski auf dem Weg zum Pressezentrum. Er war nicht die ganze Zeit bei den ZK-Beratungen anwesend, da er in seiner neuen Funktion Journalisteninterviews gab. Auch den Beschluss zum Entwurf der Reiseverordnung hatte er verpasst. So erkundigt er sich bei Krenz nach mitteilenswerten Neuigkeiten. Dieser gibt ihm sein Exemplar des Beschlusses über die Reiseregelung: Nach Schabowski mit den Worten: „Gib das bekannt. Das wird ein Knüller für uns.“<sup>48</sup> Nach Krenz' mit den Worten: „Das ist doch die Weltnachricht.“<sup>49</sup> Diese Situation ist Schlüsselereignis. Krenz hebt spontan, eigenmächtig, ohne weitere Erläuterung die Sperrfrist auf.<sup>50</sup>

Schabowski erinnert sich, er fuhr „in Kenntnis unserer Absichten und in Besitz des Regierungspapiers“ zum Internationalen Pressezentrum<sup>51</sup>. Dass es ein „vom Kabinett noch unbestätigter Beschluss“ ist, wusste er nicht.<sup>52</sup> Thema der Pressekonferenz waren Verlauf und Ergebnisse der Tagung des SED-Zentralkomitees. Anwesende Journalisten beschrieben die Veranstaltung als langatmig und inhaltsarm.<sup>53</sup> Doch kurz vor Schluss, um 18:53 Uhr<sup>54</sup>, stellte Riccardo Ehrmann, Korrespondent der italienischen Nachrichtenagentur ANSA, die alles entscheidende Frage: „Glauben Sie nicht, dass es war ein großer Fehler, diesen Reisegesetzentwurf, das Sie haben vorgestellt vor wenigen Tagen?“ Nach einigen Ausführungen zur gegenwärtigen Situation, kündigt er an: „Allerdings ist heute, so viel ich weiß, [auf Empfehlung des Politbüros] eine Entscheidung getroffen worden.“ Sie mache es „jedem Bürger der DDR möglich, über die Grenzübergangspunkte der DDR auszureisen.“ Daraufhin blättert er in seinen Unterlagen und liest das Papier vor. „Wann tritt das in Kraft“ heißt es aus dem Plenum. Schabowski antwortet: „Das tritt nach meiner Kenntnis... ist das sofort, unverzüglich.“ Auf Nachfrage ergänzt er, dass die Aus-

---

<sup>46</sup> Dass ein Mitglied des Politbüros ungefiltert und live der Weltpresse Frage und Antwort stand, war neu in der DDR-Presse.

<sup>47</sup> Holzweißig 1999, S. 590, S. 595f.

<sup>48</sup> Schabowski 1991, S. 306f.

<sup>49</sup> Krenz 1990, S. 182.

<sup>50</sup> Dem gegenüber stehen Krenz Vermerk in seinen Erinnerungen zur Veröffentlichung der Reiseregelung am 10. November 1989: „Dieses Datum sollte eine besondere Bedeutung erhalten.“ (Krenz 1990, S. 181) und sein Kommentar zum Verordnungstext während der ZK-Debatte darum: „Was wir auch machen, wir machen einen falschen Schritt“ und „Wie wir's machen, machen wir's verkehrt.“ (zitiert in: Hertle 1998, S. 131). Was ihn zu diesem Umkehrschritt bewog bleibt auch in der herangezogenen Literatur offen. Schabowski notiert in seinen Erinnerungen, dass er durch Krenz' Aussage den Eindruck gewinnen musste, es gäbe „keinen zeitlichen Sperrvermerk für die Presse“ (Schabowski 1991, S. 308).

<sup>51</sup> In verschiedenen Quellen wird angeführt, Schabowski hätte den Zettel mit der Reiseverordnung erst während der Pressekonferenz zugesteckt bekommen. Dies lässt sich anhand der herangezogenen Literatur nicht belegen. Schabowski „verneint dies entschieden“ in seinen Erinnerungen (Schabowski 1991, S. 308).

<sup>52</sup> Schabowski 1991, S. 307f.

<sup>53</sup> Hertle 1998, S. 142.

<sup>54</sup> Über den genauen Zeitpunkt gibt es in der herangezogenen Literatur unterschiedliche Angaben. Hertle, der von den vorliegenden Autoren die umfangreichsten Recherchen offenbart, notiert als Uhrzeit 18:53:00 Uhr (Hertle 1998, S. 142).

reise nicht nur über die Grenzen zur BRD sondern auch zu West-Berlin möglich sei. Er macht aber darauf aufmerksam, dass „der Sinn der befestigten Staatsgrenze“ nicht in Frage gestellt ist.<sup>55</sup>

Als Schabowski zur Reiseregulation spricht, wirkt er wenig sicher und vorbereitet<sup>56</sup>. In seinen Erinnerungen betont er, es war ihm „an einer beiläufigen Optik (...) gelegen“, um durch ihn als „SED-Sprecher nicht den Eindruck des alten Machtmusters“ zu erwecken und zum anderen „sollte die Information nicht den eigentlichen Gegenstand der Pressekonferenz, die ZK-Tagung, in den Hintergrund spielen.“ Seine Unsicherheit begründet er damit, dass er „bei der Stelle über den Gültigkeitsbereich [stutzte]. West-Berlin war erwähnt.“ Ihm „schoß die Frage durch den Kopf, ob denn das mit der sowjetischen Seite abgesprochen sei.“<sup>57</sup>

Die nächste Schlüsselsituation: Es war raus! Schabowski verkündet die Durchlässigkeit der deutsch-deutschen Grenze. Ab sofort. Genehmigungen würden kurzfristig erteilt. „Er hielt sich diszipliniert an den Text der offiziellen Pressemitteilung“, bewertet Krenz. „Aber dann der Irrtum: Die Grenzöffnung sollte am 10. November erfolgen.“<sup>58</sup> – „Womit niemand von uns rechnete, war ein Sofortansturm auf die Grenze, um unsere Glaubwürdigkeit zu testen“, verteidigt Schabowski seine Aussage. Außerdem habe er von einem „zeitlichen Sperrvermerk für die Presse“ nichts gewusst.<sup>59</sup>

„Bei den meisten Journalisten hatte die Pressekonferenz ein großes Rätselraten über die schwer verständlichen Informationen hinterlassen“, beschreibt Hertle die Situation<sup>60</sup>. Doch innerhalb weniger Minuten gehen erste Meldungen über die Ticker der Nachrichtenagenturen. Innerhalb von vier Stunden überschlagen sich die Überschriften. Die Medienberichterstattung entwickelt eine eigene Dynamik, die über die vorliegenden Fakten hinausgeht.

Reuters und DPA (um 19:03 bzw. 19:04 Uhr) vermelden, ab sofort sei die ständige Ausreise über die Grenzübergangsstellen der DDR möglich. Associated Press interpretiert die Reiseregulation wenig präzise bereits als Grenzöffnung (19:05 Uhr). In Absprache mit Regierungssprecher Meyer lässt ADN-Generaldirektor Günter Pötschke eine Meldung der DDR-Presseagentur versenden. Sie heben die Sperrfrist für die Pressemitteilung des Ministerrats. Ein klärender Satz, die Regelung gelte erst ab dem nächsten Tag, wird aber nicht ergänzt.<sup>61</sup>

Unmittelbar nach Ende der Pressekonferenz beginnen um 19:00 Uhr die „heute“-Nachrichten des ZDF. Die Redakteure folgen in ihrer sechsten Meldung den Agenturmeldungen und heben die Möglichkeit der Ausreise hervor. Bei der „Aktuellen Kamera“ des DDR-Fernsehens um 19:30 Uhr bleiben die Redakteure nah an der ADN-Meldung. Sie heben hervor, dass „Privatreisen nach dem Ausland ab sofort und ohne besondere Anlässe beantragt werden können“ Allein der Regierende Bürgermeister West-Berlins, Walter Momper, erkennt in der SFB-Abendschau um 19:30 Uhr die Intention der Reiseregulation: „praktisch morgen geht es los.“ Die ARD-

---

<sup>55</sup> Die Schlüsselszenen der Pressekonferenz sind in dem Film „Als die Mauer fiel. 50 Stunden, die die Welt veränderten“ (Hertle/ Scholz, o.J.) zu sehen. Auch Hertle zitiert sie in: Hertle 1998, S. 142-147.

<sup>56</sup> Ob Schabowski in diesem Moment die Reiseregulation das erste Mal liest, bleibt widersprüchlich. Zunächst behauptet er in einem Spiegel-Interview im April 1990 und in einem Beitrag in der Zeitung Der Morgen vom Dezember 1990, er „las den Text erstmals, als die TV-Kameras schon liefen“. Aus dem Protokoll der 25. Enquete-Kommission geht hervor, er habe den „im Auto das Papier überflogen“. Vgl. Hertle 1998, S. 135, insbesondere Fußnoten 32, 33 und 34.

<sup>57</sup> Schabowski 1991, S. 307.

<sup>58</sup> Krenz 1990, S. 182

<sup>59</sup> Schabowski 1991, S. 307f.

<sup>60</sup> Hertle 1998, S.149f.

<sup>61</sup> Hertle 1998, S.149f.

„Tagesschau“ um 20:00 Uhr eröffnet mit der Überschrift „DDR öffnet Grenze“. Der Reporter kommentiert: „Also auch die Mauer soll über Nacht durchlässig werden.“<sup>62</sup>

Währenddessen erneuert Associated Press und DPA ihre Meldungen popularisierend: „Die sensationelle Meldung: Die DDR-Grenze zur Bundesrepublik und nach West-Berlin ist offen“ (AP, 19:41 Uhr) und „Sensation: DDR öffnet Grenzen zur Bundesrepublik und West-Berlin“ (DPA, 19:54 Uhr).<sup>63</sup> Das DDR-Fernsehen bemüht sich die Berichte ein wenig zurechtzurücken: Der Ministerratsbeschluss wird noch einmal gänzlich vorgelesen. Die Spätnachrichten „AK ZWO“ gegen 22:30 Uhr stellen klar, dass zunächst die Reisen bei den Volkspolizei-Pass- und Meldeämtern zu beantragen seien. „Diese haben ab morgen wieder zu den gewohnten Zeiten geöffnet.“ Erst nach der Genehmigung sei die Ausreise möglich.<sup>64</sup> Der Moderator der ARD-„Tagesthemen“, Hanns-Joachim Friedrichs, eröffnet die Sendung gegen 22:45 Uhr mit den Worten: „Die Tore in der Mauer stehen weit offen“.<sup>65</sup> Doch diese Ansage war verfrüht. Noch waren es wenige Ausgewählte, die von den Grenzposten nach West-Berlin gelassen wurden. Gefallen ist die Berliner Mauer erst eine Dreiviertelstunde später.

---

<sup>62</sup> Hertle 1998, S.150-155 sowie Hertle/Scholz o.J.

<sup>63</sup> Hertle 1998, S. 155.

<sup>64</sup> Hertle 1998, S. 170.

<sup>65</sup> aus: Hertle/Scholz o.J.

## 4. „Wir fluten jetzt“ - Die Berliner Mauer fällt

Praktisch niemand aus der politischen Führung der DDR hat Schabowskis Verkündung verfolgt. Endete die ZK-Tagung doch erst um 20:45 Uhr. Doch noch während der Sitzung beginnt der Sturm auf die völlig unvorbereiteten Grenzübergangsstellen (GÜST) in Berlin.

|  |  |
|--|--|
| <b>Volkspolizei</b><br>(4 Volkspolizisten)             | Sicherung des Bereichs vor der GÜST und Verhinderung von Störungen des Reiseverkehrs |
| <b>Passkontrolleinheiten (PKE)</b><br>(14 Mitarbeiter) | Sicherung, Kontrolle und Überwachung des Reiseverkehrs; Fahndung und Festnahmen      |
| <b>Zollverwaltung</b><br>(16-18 Zollkontrolleure)      | Reine Sach- und Personenkontrolle  |
| <b>Grenztruppen</b><br>(5 Grenzsoldaten)               | Militärische Sicherung der Anlage; insbesondere Verhinderung von Grenzdurchbrüchen   |

*Übersicht 1: Aufbau und Besetzung einer Grenzübergangsstelle (GÜST), nach: Hertle 1998, S. 157f.*

Um 20:15 Uhr haben sich laut Lagebericht der Volkspolizei an den Grenzübergängen Sonnenallee bereits zehn, Invalidenstraße zwanzig und Bornholmer Straße fünfzig Ausreisewillige eingefunden. Generaloberst Karl-Heinz Wagner, Stabschef im MdI, gibt, nach dem er telefonisch auf den Zulauf an den Grenzübergängen informiert wird, um 20:45 Uhr die Anweisung: „Sollten an den Kontrollpunkten vor den Grenzübergangsstellen Bürger der DDR mit Personalausweis erscheinen und wollen in die BRD ausreisen, sind diese passieren zu lassen“. Alle weiteren Maßnahmen „werden in der GÜST getroffen“. Damit verlagert er den Handlungs- und Entscheidungsdruck an die übrigen Akteure in der GÜST. Einen zentralen Befehl zur Grenzöffnung kann er nicht bestätigen.<sup>66</sup>

Besonderen Zulauf erhielt die GÜST Bornholmer Straße an der Bösebrücke. Innerhalb kurzer Zeit versammeln sich hier hunderte, rasch tausende Menschen. Als Grund lässt sich die Nähe zum „Szenebezirk“ Prenzlauer Berg anführen. Hier gibt es zahlreiche Kneipen und Cafés, Orte an denen sich viele Menschen treffen und sich Nachrichten schnell herumsprechen. Eine bestimmte Klientel ist es, die in den Altbauten des Mietskasernenbezirks wohnt: Eine Alternativszene zum allgemeinen Lebensbild der DDR-Kultur. Naheliegende evangelische Gemeinden, wie in der Zionskirche oder die Gethsemanekirche, waren Horte der aufbegehrenden Bürgerbewegung in der DDR. Die übrigen GÜST haben entweder ein geringeres Einzugsgebiet in der Nähe lebender Wohnbevölkerung oder liegen in den grenznahen Stadtvierteln der Staats- und Parteitreuen.

Diensthabender Leiter der Passkontrolle am Grenzübergang Bornholmer Straße ist an diesem Abend Harald Jäger, diensthabender Offizier der Grenztruppen und stellvertretender Kommandant der GÜST ist Major Manfred Sens. Zwar waren die Kräfte an der Grenze mit Pistolen bewaffnet, aber seit Anfang 1989 hatten sie die im Laufe des Jahres mehrfach wiederholte Anweisung nicht zu schießen.<sup>67</sup> Somit war die Gefahr des Waffeneinsatzes nahezu ausgeschlossen, hätte bei einer Kurzschlussreaktion aber dramatische Folgen nach sich ziehen kann.

Um 19:30 Uhr ruft Jäger Oberst Rudi Ziegenhorn, in der Hauptabteilung IV (Passkontrolle, Reise- und Transitverkehr, Fahndung) des MfS an. Dieser meint, die Ausreisewilligen seien auf den nächsten Tag zu vertrösten und Jäger solle ihn weiter informieren. Bereits eine Stunde spä-

<sup>66</sup> Hertle 1998, S. 155f.

<sup>67</sup> Hertle 1995, S. 1132.

ter sind es „Tausende, und wir konnten nicht mehr überblicken, wie weit die Massen zurück standen“, berichtet Jäger.<sup>68</sup>

Ein Funkstreifenwagen macht über Lautsprecher die Durchsage: „Es ist nicht möglich, Ihnen hier und heute die Ausreise zu gewähren.“<sup>69</sup> Man solle den Platz vor der GÜST räumen und sich an die Meldestellen zur Ausreisegenehmigung wenden. Doch aus der Masse wird gekontert und die ADN-Meldung zitiert: „Ab sofort“<sup>70</sup> Der Volkspolizei-Oberleutnant aus der Funkstreife kam zu Sens und Jäger in die Dienststelle. Alle drei informierten ihre Organe, erhielten aber nur die Mitteilung, die Bürger seien zurückzuschicken, alles weitere würde die Volkspolizei übernehmen. Sie würde die Bürger empfangen und stelle ihnen ein Visum aus. „Einige Bürger sind zur Volkspolizei marschiert, um sich ein Visum zu holen“, erinnert sich Jäger. „Sie kamen sehr erzürnt zurück, weil unsere Information nicht stimmte.“<sup>71</sup>

Gegen 21 Uhr fordert die Menschenmenge lautstark die Öffnung des Schlagbaums. Der PKW-Rückstau reicht mehr als einen Kilometer bis in die Schönhauser Allee. Jäger sieht sich nicht länger in der Lage, die GÜST mit seinen 14 Passkontrolleinheiten (PKE), den fünf Grenzsoldaten und den 16 bis 18 Zollkontrolleuren zu halten. Auch ist die Ausrüstung der Mitarbeiter nicht geeignet und ausreichend, einen Massenansturm zu verteidigen. Er löst „stillen Alarm“ aus und holt 50 bis 60 erreichbare PKE zur Verstärkung und zum Schutze der Gebäude, Einrichtungen und der Fahndungskartei heran.<sup>72</sup>

Daraufhin ruft Jäger wieder bei Ziegenhorn an, und bittet ihn „die Bürger ausreisen lassen zu dürfen, weil [sie] dem Druck nicht mehr standhalten können.“ Ziegenhorn spricht sich mit Generalleutnant Gerhard Neiber, dem stellvertretenden Staatssicherheitsminister, ab und weist an: „Die am aufsässigsten sind, [...] die laß raus. Denen macht ihr im Ausweis einen Stempel halb über das Lichtbild – und die kommen nicht wieder rein. [...] Von allen, die Du raus läßt, schreibt ihr euch die Personalien auf. Und bei denen, die den Stempel draufhaben, macht ihr euch ein Zeichen dahinter, damit wir wissen, wer draußen geblieben ist und wer wieder rein durfte“.<sup>73</sup> Bei dieser „Ventillösung“ werden ab etwa 21:15 Uhr einzelne Bürger in den Abfertigungsbereich der GÜST gelassen. Doch als die Übrigen mitbekamen, dass Einzelne „hinaus“ durften, verstärkte sich der Druck. Von der westlichen Seite drängten inzwischen auch Heimkehrer.<sup>74</sup>

Um 23:30 Uhr<sup>75</sup> ruft Jäger Ziegenhorn an und teilt mit: „Es ist nicht mehr zu halten, wir müssen die Grenzübergangsstelle aufmachen [...]. Ich stelle die Kontrollen ein und lasse die Leute raus.“ Er reagierte nur mit einem „Na, ist gut!“<sup>76</sup> Der stellvertretende Leiter der Passkontrolleinheiten Oberst Edwin Görlitz verständigt Sens: „Wir fluten jetzt!“ Die Mitarbeiter der Vorkontrolle lösen den Schlagbaum, Sens öffnet ihn und tausende Menschen strömen in die Grenzanlage. Sie überrennen die Kontrolleinrichtungen und wurden auf der West-Berliner Seite der Bösebrücke bereits begrüßt. Kontrollen waren in dieser Situation nicht mehr denkbar.<sup>77</sup>

---

<sup>68</sup> Hertle 1995, S. 1129f.

<sup>69</sup> Diese Szene ist bild- und tontechnisch dokumentiert und enthalten in: Hertle/Scholz, o.J.

<sup>70</sup> Hertle 1998, S. 162.

<sup>71</sup> Hertle 1995, S. 1130.

<sup>72</sup> Hertle 1998, S. 163.

<sup>73</sup> Jäger fügt hinzu, dass diese Listen nie abgefragt wurden (Hertle 1995, S. 1133).

<sup>74</sup> Hertle 1995, S. 1130f. und Hertle 1998, S. 163-166.

<sup>75</sup> Zum Zeitpunkt der endgültigen Grenzöffnung gibt es widersprüchliche Angaben. Während die meisten (besonders die älteren) Quellen und Interviewpartner (z.B. Harald Jäger in: Hertle 1995, S. 1133) als Zeitpunkt 22:30 Uhr nennen, korrigiert Hertle ab der sechsten Auflage seiner „Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse am den 9. November“ die Uhrzeit auf 23:30 Uhr. Er entnimmt den Zeitpunkt Dokumentations-Filmmaterial von Spiegel TV (Hertle 1998, S. 12).

<sup>76</sup> Hertle 1995, S. 1133. Im Interview berichtet Jäger, nachdem der Übergang geöffnet wurde gab es keinerlei Rückfragen, Meldungen oder Weisungen mehr von seinem Vorgesetzten im MfS (Hertle 1995, S. 1134.).

<sup>77</sup> Hertle 1998, S. 166.

Vergleichbares ist an den übrigen Berliner Grenzübergangsstellen geschehen<sup>78</sup>. Zunächst wurden Hartnäckige ausgebürgert. Bis Mitternacht öffneten alle GÜST schließlich die Schlagbäume. 60.000 Menschen durchquerten in dieser Nacht von Ost nach Wes die Mauer. 45.000 kehrten in der selben Nacht auch wieder zurück.<sup>79</sup> Die volksfestartigen Szenen sind aus der Medienberichterstattung hinlänglich bekannt. Momper fasst am folgenden Tag die Stimmung mit „gestern Nacht war das deutsche Volk das glücklichste Volk auf der Welt“ zusammen.<sup>80</sup>

---

<sup>78</sup> Um den Rahmen der Hausarbeit nicht zu sprengen, bleiben die Vorgänge am Brandenburger Tor in meinen Ausführungen unberücksichtigt. Das Tor wird als symbolträchtiger Ort aus verschiedener Sicht durch die Grenztruppen besonders bewacht und ist zugleich Anziehungspunkt zahlreicher Menschen (und Medien) vor allem auf der westlichen Seite. Hunderte Soldaten stehen tausenden Feiernden zeitweise *auf* Mauer gegenüber. Es herrscht ausgelassene und angespannte Stimmung zugleich. Erst am 11. November entspannt sich die Lage.

<sup>79</sup> Maximytschew 2001, S. 30.

<sup>80</sup> Lehmann 2002, S. 377.

## 5. „Den Ernst der Lage erkannt?“ – Reaktionen der politischen und militärischen Führung

Einen Befehl zur Grenzöffnung der militärischen Führung der DDR scheint es in dieser Nacht nicht gegeben zu haben. Die obersten Militärs fahren nach der ZK-Sitzung (um 20:45 Uhr) ins Verteidigungsministerium nach Strausberg zur nächsten Kollegiumssitzung. Sie bemessen Krenz' Reiseregulierung keine größere Bedeutung für ihr Ressort zu. Eine Information oder Vorbereitung der Grenzregimenten bleibt aus. Man betrachtet die Reiseregulierung als Angelegenheiten von MfS und MdI. Von der Pressekonferenz haben sie nichts erfahren. Während der Sitzung meldet Klaus-Dieter Baumgarten, Chef der Grenztruppen, den Run auf die Grenze. Fritz Streletz, stellvertretender Verteidigungsminister, bemüht sich Mielke zu erreichen, bekommt aber nur seinen Stellvertreter Neiber ans Telefon. Verteidigungsminister Heinz Keßler befiehlt Baumgarten sich in die Gefechtsstelle Pätz bei Königs Wusterhausen zu begeben und persönlich die Führung der Grenztruppen zu übernehmen. Als dieser dort gegen 0:00 Uhr eintrifft, sind jedoch auf Grund der Entscheidungen an Ort und Stelle bereits alle GÜST geöffnet.<sup>81</sup>

Da sich in der Wahrnehmung der Militärs Ausreisewillige und nicht Reiselustigen an der Grenze drängen, geht ein Fernschreiben an die Grenzübergangsstellen mit der Aufforderung zur Durchsetzung der neuen Reiseregulierung, die Personalausweise, „der betreffenden Bürger“ mit einem Ausreisevermerk zu versehen, also neben dem Passbild abzustempeln. Dieser gilt „zugleich als Entwertungsvermerk“. Doch praktisch niemand hatte ein Visum. Es wäre die größte Ausbürgerungsaktion der DDR geworden.<sup>82</sup>

Es gab in der militärischen Führung keinen Versuch, die Lage im Kollegium zu erörtern. Man ging gegen 0:30 Uhr ohne konkrete Entscheidung auseinander. Für 7:00 Uhr war die Bildung eines Krisenstabes vorgesehen.<sup>83</sup>

Keßler erkundigt sich beim Oberkommandierenden der sowjetischen Truppen in der DDR, Armeegeneral Boris Snetkow. Von ihm erfährt er, dass sie den Befehl haben „in der Kaserne zu verbleiben und nicht aktiv zu werden.“<sup>84</sup>

Auch in der politischen Führung lässt sich ein zentraler Befehl nicht nachweisen. Krenz und Schabowski wollen glauben machen, es hätte gegen 21 Uhr ein Telefonat zwischen Staatssicherheitsminister Erich Mielke und Generalsekretär Egon Krenz gegeben, wo beide entschieden, die Schlagbäume zu öffnen.<sup>85</sup> Dem gegenüber stehen die Aussagen Professor Helmut Kozioleks und Günter Siebers, ZK-Mitglieder, wonach Krenz eher verstört und nicht auskunftsfähig wirkte. Hans Modrow, der designierte Ministerpräsident, erfuhr auf dem Heimweg und im Fernsehen von den Vorgängen an der Grenze. Da er aber keinen Anruf von Krenz erhält, entscheidet er lieber abzuwarten.<sup>86</sup>

Am nächsten Tag wird die ZK-Tagung fortgesetzt. Zunächst ohne auf die nächtlichen Ereignisse einzugehen. Thema ist die katastrophale wirtschaftliche Lage der DDR. Unter dem Druck Moskaus nimmt Krenz Stellung und verschleierte: „Ich weiß nicht oder ob viele den ernst der Lage erkannt haben. Der Druck, der bis gestern auf die tschechoslowakische Grenze gerichtet

---

<sup>81</sup> Hertle 1995, S.192-205, Keßler 1996, S. 305f., dazu die Gespräche mit Baumgarten, Goldbach und Streletz in: Hertle 1996, S.362-379.

<sup>82</sup> Hertle 1995, S.192-205, dazu die Gespräche mit Baumgarten, Goldbach und Streletz in: Hertle 1996, S.362-379.

<sup>83</sup> ebenda.

<sup>84</sup> Keßler 1996, S. 309.

<sup>85</sup> Krenz 1990, S. 183, Schabowski 1991, S. 310, Keßler 1996, S. 308.

<sup>86</sup> Hertle 1998, S. 204f.



war, ist seit heute Nacht auf unsere Grenze gerichtet. [...] Der Druck war nicht mehr zu halten, es hätte nur eine militärische Lösung gegeben. Genossen, damit sind wir uns einig, durch das besonnene Verhalten unserer Grenzsoldaten, unserer Genossen vom MdI, vom MfS ist die Sache mit großer Ruhe bewältigt worden. [...] Aber der Druck nimmt weiter zu.“ Deutlicher wird auf diese einschneidende Situation nicht eingegangen. Planmäßig wird vom Zentralkomitee das Reformprogramm beschlossen, dass die zukünftige Politik der Partei grundlegend ändern soll. Die dreitägige ZK-Tagung endet am 10. November um 13:00 Uhr.<sup>87</sup>

Die Sowjets erfahren erst aus den Medien, dass die Westgrenze ihres sozialistischen Einflussbereiches, die Demarkationslinie zum imperialistischen Klassenfeind, bröckelt. Man fragt sich: „War das mit uns abgestimmt?“ Weder Moskau noch die Botschaft in Berlin sind informiert. Da Berlin dem Vier-Mächte-Status unterliegt, müssen alle Maßnahmen, die die Stadt betreffen, mit den vier Besatzungsmächten abgesprochen werden. Der sowjetische Botschafter in Berlin Wjatscheslaw Kotschemassow ruft Krenz an: Moskau sei verstimmt. Er fordert Krenz im energische Ton auf zur Aufrechterhaltung der guten Beziehungen ein Telegramm an Gorbatschow mit einer Begründung seiner Handlungsweise zu senden, damit er offiziell über die Maßnahme informiert ist. Krenz reagiert verwundert<sup>88</sup>: „Es war doch mit Euch abgesprochen.“<sup>89</sup>

Daraufhin setzt Krenz ein Telegramm auf: Größere Menschenansammlungen hätten die Ereignisse der letzten Nacht erzwungen, durch Reisegenehmigungen würden Grundsätze des Vierseitigen Abkommens über West-Berlin nicht berührt, die Kontrolle sei wiederhergestellt. Weiterhin richtet Krenz die Bitte an Gorbatschow und an die drei Westmächte die Ordnung in Berlin aufrechtzuerhalten.<sup>90</sup> Krenz ist im Zwiespalt zwischen eigener Souveränität und Sowjethörigkeit.

Gorbatschow gratuliert Krenz (unwissend von den wahren Zusammenhängen und Abläufen in dieser Nacht) zu „diesem mutigen Schritt“ und konstatiert, „Sie haben richtig gehandelt.“ Der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse und Pressesprecher Gennadi Gerassimow verlauten auf einer Pressekonferenz am Abend: man betrachte die „Ereignisse in der DDR als eine ureigene Angelegenheit ihrer neuen Führung und ihres Volkes und wünscht ihnen viel Erfolg“. Sie loben die Grenz- und Reiseregulation als eine „kluge und weise Entscheidung“. Das Wichtigste, um Stabilität zu bewahren, sei jetzt, dass sich weder der Westen noch die Sowjetunion einmischen.<sup>91</sup>

Die Militärs der DDR haben auf Befehl des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrats Krenz eine Operative Einsatztruppe gebildet und für mehrere Regimenter erhöhte Gefechtsbereitschaft angeordnet, aber ein militärisches Eingreifen bleibt aus. Im Lagebericht heißt es nüchtern: „Trotz der entstandenen komplizierten Lagen kam es nicht zu Zwischenfällen oder Provokationen, vereinzelt sogar zu Sympathiebekundungen gegenüber den uniformierten Kräften“. Gewalt als Mittel (im schlimmsten Fall als ‚chinesische Lösung‘) wird unisono abgelehnt.<sup>92</sup>

---

<sup>87</sup> Hertle 1998, S. 206-211.

<sup>88</sup> In Wirklichkeit ist sich Krenz die Bedenken Moskaus bewusst. Worauf Krenz anspielt ist eine „Loch-in-der-Grenze-Lösung“, die Außenminister Fischer den Sowjets vortrug. Dabei sollte(n) ein(ige) Grenzübergang im Südwesten der DDR als Ventil zur Ausreise in die BRD freigegeben werden. (vgl. Hertle/Scholz o.J., Kotschemassow 1994, S. 185)

<sup>89</sup> Maximyschew 2001, S. 30f., von Plato 2003, S. 100ff., auch Kotschemassow 1994, S. 185ff.

<sup>90</sup> Telegramm abgedruckt in: Hertle 1998, S. 238f.

<sup>91</sup> Hertle 1998, S. 245, von Plato 2003, S. 104.

<sup>92</sup> Hertle 1998, S. 211-230.

## Schlussbetrachtungen

Mit dem Fall der Mauer beginnt die DDR sich aufzulösen. Neue Grenzübergangsstellen werden errichtet, um den Reisesstrom zu entzerren. Am 10. November gilt ab 8:00 Uhr die Visumpflicht. Eilig werden mobile Außenstellen, teils auf Lastkraftwagen, errichtet. Doch das Visum hat nur noch symbolischen Wert. Am Samstag, 11. November passieren anderthalb Millionen DDR-Bürger die Grenze, am Sonntag, 12. November eine Million. Sowjet- und DDR-Armee verzichten darauf, mit Waffengewalt ihre Westgrenze wiederherzustellen. Die Kontrolle über die Staatsgrenze ist verloren. Die Mauer, die die DDR 28 Jahre lang zusammenhielt, wird von „Mauerspechten“ Stück für Stück abgebrochen.

Der stellvertretende sowjetische Botschafter Igor F. Maximytschew fasst die Situation für sein Land so zusammen: „Für den Kreml ist es unmissverständlich der Rückzug aus Mitteleuropa. Wahrscheinlich verbunden mit einem Rückzug aus dem politischen und wirtschaftlichen Europa.“<sup>93</sup> Die sozialistische Hemisphäre zerfällt unaufhaltsam.

Der Mauerfall, und das zeigt vorliegende Hausarbeit deutlich, war in dieser Form von keiner entscheidungstreffenden Institution gewollt oder geplant. Vielmehr ist er Ergebnis zahlreicher Ad-hoc-Entscheidungen entgegen der sonst üblichen und streng befolgten Routinen. Die Krise gerät aus dem Ruder. Vier Punkte seien beispielhaft genannt: Das planwidrige Zusammenspiel von Krenz und Schabowski, die Kettenreaktion durch die Medien, der Massenandrang an der Grenze aufgrund von Fehlinterpretationen und Falschinformationen und schließlich die „Ventil-lösung“, die statt druckmindernd, beschleunigend wirkte. Geriet der Prozess erst einmal ins Laufen, war er unumkehrbar.

Politische und Militärische Führung erweisen sich in der Situation der Wende im Allgemeinen und in der Situation des Mauerfalls im Speziellen als überfordert. Es wird der Eindruck einer gewissen Grundnaivität gegenüber den drängenden Problemen erweckt. Das Politbüro verkennt die Zeichen der Zeit. Anstatt sich an große Veränderungen zu wagen, löst es mit seinen Entscheidungen, wie dem Reisegesetzentwurf vom 6. November, nur neuen Protest aus. Während der ZK-Tagung, vor und nach dem Fall der Mauer, als Krenz den Reisegesetzentwurf verliert und als er am 10. November Stellung zu den nächtlichen Ereignissen bezieht, erweist sich das Gremium als selbstbeschränkt und strukturell unfähig. Es gelingt dem Zentralkomitee nicht einen gemeinsamen Willen zu bilden oder eine eigene Entscheidung zu finden. Die größte Existenzkrise der DDR wird der operativen Politik des Generalsekretärs und seiner engsten Vertrauten überlassen. Seiner ursächlichen Aufgabe als politikstrukturierendes Gremium wird es nicht gerecht. Die Ausführungen zu den Ereignissen in den wenigen Stunden vor dem Mauerfall am Grenzübergang zeigen, dass der militärisch-hierarchisch organisierte Machtapparat nicht aus eigenem Antrieb funktioniert. Die befehlsgebenden Ebenen scheinen weggebrochen, Anweisungen sind offenbar nicht zu erwarten, bis zum letztmöglichen Zeitpunkt wird verharrt und abgewartet. Die Oberbefehlshaber melden sich nicht. So bleibt den ausführenden Organen nur noch die eigene Entscheidung, dem Druck der Masse nachzugeben.

Es wird deutlich: auf eine Krise ist die SED nicht vorbereitet gewesen. Die Handlungen der politischen Führung können lassen keinerlei Konzept erkennen. Vielmehr scheint sie nur noch zu Reagieren statt zu Agieren. Das Krisenmanagement versagt unter dem enormen Problemdruck. Schließlich sind es Grenzsoldaten, die beschließen, dass die deutsch-deutsche Grenze,

---

<sup>93</sup> Maximytschew 2001, S. 29.

diejenige die Jahrzehnte die Welt in zwei politische Einflussbereiche teilte, fällt. Zeugnisgebend für das schlechte Krisenmanagement ist, wie sich im Nachhinein Krenz und Schabowski ihre Version der Abläufe zurecht legen. Von der Geschichtsforschung, der DDR-typischen, preußisch detaillierten Aktenlage, sowie den Erinnerungen derer, die auf den Kontrollposten auf Anweisungen warten mussten, werden sie durchschaut.

# Quellenverzeichnis

- BAHRMANN, Hannes und Christoph LINKS: Chronik der Wende. Die Ereignisse in der DDR zwischen 7. Oktober 1989 und 18. März 1990. Berlin, 1999 (überarbeitete Neuauflage).
- BOLLIN, Christina und Peter FISCHER-BOLLIN: Mauer. In: Karl-Rudolf KORTE und Werner Weidenfeld (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949 – 1989 – 1999. Bonn, 1999 (aktualisierte und erweiterte Neuauflage).
- BRANDT, Willy: Erinnerungen. Mit den „Notizen zum Fall G.“ Berlin/Frankfurt am Main, 1994.
- GENSCHER, Hans-Dietrich: Erinnerungen. Berlin, 1995.
- GORBATSCHOW, Michail: Erinnerungen. Berlin, 1995.
- GRÖTEMAKER, Manfred: Zusammenbruch des SED-Regimes. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Der Weg zur Einheit. Deutschland seit Mitte der achtziger Jahre. Informationen zur politischen Bildung 250. Bonn, 2001 (überarbeitete Neuauflage).
- HERTLE, Hans-Hermann: „Kontrollen eingestellt – nicht mehr in der Lage – Punkt“. Wie die Mauer am Grenzübergang Bornholmer Straße fiel. In: Deutschland-Archiv, 28. Jahrgang. Opladen, 1995.
- HERTLE, Hans-Hermann: „Es war offen, wie die Grenzer reagieren würden“. Gespräch mit dem West-Berliner Polizeipräsidenten a.D. Georg Schertz über den Fall der Mauer. In: Deutschland-Archiv, 29. Jahrgang. Opladen, 1996.
- HERTLE, Hans-Hermann: Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates. Opladen, 1996.
- HERTLE, Hans-Hermann: Wußte der eine, was der andere tat? SED und MfS beim Mauerfall. In: Siegfried SUCKERT und Walther SÜB (Hrsg.): Staatsapparat und Staatssicherheit. Berlin, 1997.
- HERTLE, Hans-Hermann: Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November. Berlin, 1998 (7. überarbeitete Auflage).
- HERTLE, Hans-Hermann: Der Tag, an dem die Mauer fiel. In: In: Deutschland-Archiv, 32. Jahrgang. Opladen, 1996.
- HERTLE, Hans-Hermann und Günther SCHOLZ: Als die Mauer fiel. 50 Stunden, die die Welt veränderten. SFB-Dokument (Video). Berlin, o.J.
- HOLZWEIBIG, Gunter: Massenmedien in der DDR. Erschienen in: Jürgen Wilke (Hrsg.). Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bonn, 1999.
- <http://www.chronikderwende.de>, o.J.
- KESSLER, Heinz: Zur Sache und zur Person. Berlin, 1996.
- KOHL, Helmut: Ich wollte Deutschlands Einheit. Dargestellt von Kai Diekmann und Ralf Georg Reuth. Berlin, 1996.
- KOTSCHEMASSOW, Wjatscheslaw: Meine letzte Mission. Berlin, 1994.
- KRENZ, Egon: Wenn Mauern fallen. Die Friedliche Revolution. Berlin, 1990.
- LEHMANN, Hans Georg: Deutschland-Chronik 1945 bis 2000. Bonn, 2002.
- LINDNER, Bernd: Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90. Bonn, 2001.
- MAXIMYSCHEW, Igor F.: Vom Mauerfall bis Archys. Neun entscheidende Monate, miterlebt in der sowjetischen Botschaft Unter den Linden. In: Deutschland-Archiv, 31. Jahrgang. Opladen, 2001.
- MÜLLER, Helmut M.: Schlaglichter der deutschen Geschichte. Leipzig/Mannheim, 2002 (Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn).
- MODROW, Hans: Die Perestroika. Berlin, 1998 (zweite, korrigierte Auflage).
- N.N.: ...zur Freiheit – Die Geschichte der Berliner Mauer 1996. Deutsch-deutsche Geschichte 1945-1990 auf Doppel CD-ROM. Stuttgart, 1996 (mit Videosequenzen des Sender Freien Berlin und des Deutschen Rundfunkarchivs).
- RIBBE, Wolfgang und Jürgen SCHMÄDEKE: Kleine Berlingeschichte. Berlin, 1989.
- PRZYBYLSKI, Peter: Tatort Politbüro. Die Akte Honecker. Berlin, 1991.
- SCHABOWSKI, Günter: Der Absturz, Berlin 1991.
- SED: Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin, 1976.
- TELTSCHIK, Horst: 329 Tage. Innenansichten der Einigung. Berlin, 1993.
- VON PLATO, Alexander: Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bonn, 2003 (zweite, durchgesehene Auflage).